



Fotos: Joachim Wolf

EAK-Bundestagung

„Wahrheit und Wahrhaftigkeit“

Seine 43. Bundestagung in Saarbrücken stellte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) in diesem Jahr unter das Motto „Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik und in den Medien“.

Der EAK-Bundesvorsitzende, Staatssekretär Thomas Rachel, betonte in seiner Eröffnungsansprache,

dass das Leitthema der Tagung nicht nur für die Politik, sondern für unser Land insgesamt von Bedeutung sei. Zunehmend setze sich in unserer Gesellschaft die Erkenntnis durch, dass es vor allem die Antworten auf die tieferen Fragen der geistigen, religiösen und moralischen Grundorientierung seien, die für unsere

INHALT

Hessen:
Politischer Nachwuchs
ausgezeichnet
Seite 5

Service:
CDU-Artikel online
bestellen
Seite 6

Bundestagsfraktion:
Junge Gruppe
transatlantisch
Seite 14

► gemeinsame Zukunft entscheidend sind. Ein gemeinsam gelebtes und getragenes Wertefundament sei ebenso wichtig wie die Rückbesinnung auf die christlich-jüdischen Quellen unserer Verfassung, denn durch sie sei unsere Kultur der Freiheit und der Menschenwürde maßgeblich geprägt.

Ein christlicher Geist sei bei der Behandlung aller gesellschaftsrelevanter Themen wichtig: sowohl in der Bildungs- und Erziehungsdebatte, bei ethischen Fragestellungen, die den Anfang und das Ende des Lebens betreffen, als auch bei der Debatte um die EU-Verfassung. „Es darf nicht sein, dass man sich in unserem Land als alles Mögliche bekennen kann, nur nicht als Christinnen und Christen“, unterstrich Rachel. Wir bräuchten eine neue Sachlichkeit und einen neuen Gemeinschaftssinn, Realismus und Urteilsschärfe, den Geist neuer Aufrichtigkeit und eine Verantwortungsbereitschaft mit klarer Wertefundierung. Für diesen neuen Stil in der Politik stehe die Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Ich denke, ein wenig protestantische Nüchternheit tut unserem Land gut!“, so Rachel.

In ihrer Rede in Saarbrücken hob die ehemalige



EAK-Bundesvorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Bedeutung des EAK für die programmatische Arbeit der Union hervor. Insbesondere in Zeiten des Umbruchs sei der EAK eine wichtige Kraft, die sich den grundsätzlichen, ethischen Fragen stelle. Ausgehend von der Maxime, dass Politik die Aufgabe habe, das Leben aller Menschen in Würde zu gewährleisten und die Möglichkeit eines freiheitlichen Zusammenlebens zu organisieren, konstatierte Merkel, dass Wahrheitigkeit ein wichtiges Gebot für die Politik sei. Die Chance der Großen Koalition sei es, den Kreislauf von Enttäuschungen zu durchbrechen und Wort und Tat wieder in Einklang zu bringen. Zu einer Politik der Wahrhaftigkeit gehöre auch zu erkennen, dass viele Teilaspekte eines Problems in einem Zusammenhang stehen. Dies müsse den Bürgern auch so vermittelt werden. Ferner dürfe man den Menschen

nicht Versprechungen machen, von denen man wisse, dass sie nicht einzuhalten seien.

Vor dem für die Union so wichtigen Grundwert der Freiheit müsse niemand Angst haben, denn Freiheit in diesem Sinne bedeute keine Entsolidarisierung unserer Gesellschaft. Im Gegenteil: Gemeint sei eine Freiheit zur Solidarität, eine Freiheit, die es gebiete, sich dem Nächsten zuzuwenden. „Wir müssen das christliche Freiheitsverständnis in die Welt tragen“, appellierte Merkel.

Vor dem Hintergrund der Debatte um das neue Grundsatzprogramm betonte die Bundeskanzlerin die Notwendigkeit für die Union, sich der eigenen Werte zu vergewissern, aus denen heraus sie Politik betreiben wolle. „Wenn wir unsere Grundpositionen nach außen wahrhaftig vertreten, wird unsere Art zu leben bei den anderen Nationen großen Respekt und Bewunderung hervorrufen – dafür

sollten wir eintreten und werben.“ Als grundlegend für das Selbstverständnis der Unionsparteien nannte Merkel das christliche Menschenbild. „Für mich ist das christliche Menschenbild eines, mit dem uns Gott einen Auftrag gegeben hat, einen Auftrag, für die Menschen in diesem Land das Beste zu gestalten“, schloss die Bundeskanzlerin.

Ausgehend von der Frage, ob es eine christliche Po-

litik gebe, zitierte der saarländische Ministerpräsident, Peter Müller, den evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer mit den Worten, dass es keine christliche Politik gebe, sondern nur Politik von Christen. Obwohl die Bergpredigt nicht als Parteiprogramm dienen könne, dürfe Politik auch nicht in Beliebigkeit abgeleitet. Sie brauche ein Fundament, das für die Union die christlichen Grundüberzeugungen

seien. Einen Grund für die Akzeptanzkrise, in der sich die Politik derzeit befinde, sieht Müller in dem Unvermögen der Politiker, tagespolitische Entscheidungen auf eine klar bestimmbare Wertorientierung zurückzuführen. „Antworten auf aktuelle Fragen werden wir nicht nur pragmatisch und technologisch geben können, sondern wertorientiert, wenn sie die Menschen erreichen sollen“, betonte Müller.



Heiner Lueg

* 21. Oktober 1944 † 15. Juni 2006

Die CDU Deutschlands trauert um Heiner Lueg. Als stellvertretender Bundesgeschäftsführer und Leiter des Bereiches Politische Programme und Analysen der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat er seit 1979 die Positionen und Ziele der CDU entscheidend mit geprägt. Mit Heiner Lueg verlieren wir plötzlich und unerwartet einen wichtigen und verlässlichen Ratgeber, einen guten Vorgesetzten und allseits geschätzten Kollegen. Heiner Lueg war von seinem christlichen Glauben getragen und lebte diesen Glauben stets voller Lebensfreude.

Unsere Gedanken und Gebete sind bei seiner Familie, insbesondere bei seiner Frau und seinen Kindern.

In stillem Gedenken

Dr. Angela Merkel, MdB
Vorsitzende der
CDU Deutschlands

Ronald Pofalla, MdB
Generalsekretär der
CDU Deutschlands

Dr. Johannes v. Thadden
Bundesgeschäftsführer der
CDU Deutschlands

Sachsen/Sachsen-Anhalt

Pofalla bei Kreisgeschäftsführertreffen

Im Rahmen der Diskussion über die Weiterentwicklung des CDU-Grundsatzprogramms traf sich Generalsekretär Ronald Pofalla im Leipziger BMW-Werk mit den Kreisgeschäftsführern aus Sachsen und Sachsen-Anhalt. Mit dieser Konferenz wurde eine Reihe von bundesweit insgesamt sechs Kreisgeschäftsführerkonferenzen mit dem Generalsekretär abgeschlossen.

„Den 360 Kreisgeschäftsführern kommt vor Ort eine entscheidende Rolle bei der Organisation des Prozesses zur Weiterentwicklung des CDU-Grundsatzprogramms zu. Wir wollen – wie schon im Rahmen unserer Regionalkonferenzen im April und Mai – unsere Basis in den Kreisverbänden auch in



Peter Meyer (BMW) begrüßt Generalsekretär Ronald Pofalla und die Kreisgeschäftsführer

den kommenden Monaten breit an unserer Diskussion beteiligen“, erklärte Ronald Pofalla. „Hier zählen wir auf die Unterstützung unserer Kreisgeschäftsführer“.

Neben dem Grundsatzprogramm diskutierten die Kreisgeschäftsführer mit dem Generalsekretär über aktuelle politische Themen

wie die Gesundheitspolitik.

Im Rahmen der Konferenz besichtigte Ronald Pofalla außerdem gemeinsam mit den CDU-Kreisgeschäftsführern das BMW-Werk. Er zeigte sich vom modernsten BMW-Werk tief beeindruckt. „Das BMW-Werk in Leipzig ist ein hervorragendes Beispiel für die positive wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern“, so Pofalla.

Auf dem Gelände des BMW-Werks seien 5.500 Arbeitsplätze entstanden. Jeden Tag würden rund 500 Fahrzeuge der BMW 3er-Reihe das Werk verlassen. Das BMW-Werk sei insbesondere hinsichtlich moderner Arbeitszeitmodelle und nachhaltiger Entwicklung wegweisend.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhoyerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Hessen

Politischer Nachwuchs ausgezeichnet

Ende Mai war es soweit: Anlässlich des 98. CDU-Landesparteitags in den Wiesbadener Rhein-Main-Hallen wurden die ersten Absolventen des Nachwuchsförderungsprogramms der CDU Hessen ausgezeichnet.

Grundgedanke dieses Nachwuchsprogramms ist die Förderung politischer Talente. Vor allem durch ein ausgewogenes Seminarprogramm in Zusammenarbeit mit externen Bildungseinrichtungen wurden die Stipendiaten mit den Werkzeugen des politischen Gestaltens und den Inhalten aktueller hessischer Politik vertraut gemacht. Es geht bei dem Stipendium Politische Bildung darum, politisch talentierte junge Menschen auf die Übernahme von Verantwortung vorzubereiten und sie für die Politik zu gewinnen. Zu oft gingen Leute, denen man Führungsqualitäten auch in der Politik zutraue, für die politische Sache verloren, so Generalsekretär Michael Boddenberg.

Doch bis zu diesem Tag war es ein langer Weg: 18 Monate gepflastert mit ca. 50 Veranstaltungen, Seminaren und Schulungen



Der hessische Landesvorsitzende Roland Koch überreicht den Stipendiaten Katja Hölzer und Jan Dominik Schneider ihre Urkunden.

zeichnen den Weg der knapp 100 Teilnehmer. 59 von ihnen haben das Förderungsprogramm bereits vor Ablauf der 18 Monate erfolgreich absolviert. Die restlichen Teilnehmer setzen ihre Seminarreihe mit dem 2. Jahrgang des Stipendiums fort, der bereits im Juli diesen Jahres anläuft. „Wir wollen an die Erfolge des 1. Jahrgangs nahtlos anschließen“, so Alexander Zell, Leiter der Stabsstelle für Personalentwicklung der CDU Hessen. „Die ausgewogene Mischung aus Grundlagenvermittlung, Praxiswissen und überfachlicher Qualifizierung hat sich bewährt.“ Momentan identifizieren die Kreisverbände und Vereinigungen die Kandidatinnen und Kandidaten für den nächsten Durchgang.

„Die konsequente Fortbildung und Förderung des Nachwuchses in unserer Partei ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft, aber vor allem auch ein wichtiger Schritt in Richtung Hessen-Partei“, erklärte Generalsekretär Boddenberg. „Professionelle Nachwuchsgewinnung und Personalentwicklung sind der Schlüssel für eine erfolgreiche politische Arbeit auf allen Ebenen.“ Ein weiterer wichtiger Aspekt des Konzeptes ist die Unterstützung des Programms durch prominente Politiker, die so genannten Mentoren. „Neben der fachlichen und überfachlichen Weiterbildung ist für uns wichtig, ein enges Verhältnis zwischen Stipendiaten und Entscheidungsträgern in der Politik aufzubauen“, sagte Boddenberg.

Bestellen Sie Online! Nutzen Sie unseren E-Shop!

Der Online-Shop der CDU Deutschlands im Mitgliedernetz unter www.cdunet.de erfährt eine immer größer werdende Resonanz. Mittlerweile werden rund 40 % aller Bestellungen der Kreis- und Ortsverbände über den Shop abgewickelt. Tendenz steigend!

Dies zeigt sehr deutlich, dass die Partei insgesamt den neuen Medien sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Zudem bietet der Shop zahlreiche Vorteile gegenüber den herkömmlichen Bestellwegen (Fax oder Brief):

- Bestellungen können jederzeit und von jedem Ort durchgeführt werden.
- Die Produktübersicht ist immer aktuell und über Neuerscheinungen werden Sie frühzeitig informiert.

Wie gelange ich zum E-Shop?

Auf der Startseite www.cdu.de finden Sie die Einwahlmaske für das Mitgliedernetz der CDU. Dort melden Sie sich mit Ihren Zugangsdaten an.

Im internen Netz befindet sich auf der rechten Menüleiste der Button zum E-Shop der CDU.

Startseite www.cdu.de

Einfach anklicken und schon öffnet sich ein neues Fenster mit dem virtuellen Einkaufsportale der CDU.

Im Online-Shop finden Sie alle aktuellen Informationsmaterialien und Werbemittel der CDU Deutschlands, die Sie direkt und bequem bei unserem Versandzentrum bestellen können.

Außerdem sind für alle weiteren Produkte (z.B. Canvassingstand, Plakatträger, Sekt u.v.m.), die über die CDU-Bundesgeschäftsstelle bezogen werden, die entsprechenden Bestellformulare im Shop abrufbar.

Die Bestellformulare bzw. die Produktübersicht finden Sie unter dem Menüpunkt „Bestellscheine“.

Besonders möchten wir Sie auf die Bestellmöglichkeiten der Redner- und Motivplakate aufmerksam machen. Unter dem Menüpunkt „Parteiarbeit-Plakate“ gelangen

Startseite E-Shop

Übersicht Rednerplakate und Link zum Druckportal

Sie zur Übersicht der aktuellen Plakate.

Von dort aus gelangen Sie direkt zu unserem Druckportal und können dort sowohl die aktuellen Motivplakate bestellen als auch die Rednerplakate mit und ohne individuellen Textedruck. Neben den Plakaten finden Sie auf dem Druckportal weitere Materialien, wie z.B. Visitenkarten und Briefbögen.

Zusätzlich sind einige Vereinigungen der CDU ebenfalls mit Ihren Angeboten im Shop zu finden.

Nach der Sommerpause wird es eine Revision des E-Shops geben.

Für Anregungen, Kritik und nützliche

Tipps sind wir jederzeit dankbar. Schreiben Sie per Mail an olaf.dembinski@cdu.de.

Startseite Druckportal

Brandenburg

CDU stellt sich energiepolitischen Herausforderungen



Große Resonanz beim energiepolitischen Kongress der CDU Brandenburg

Die sichere Versorgung mit Energie und die Chancen für Wachstum und Beschäftigung durch die Energiewirtschaft standen im Mittelpunkt eines Energiewirtschaftskongresses, den die CDU Brandenburg in Potsdam veranstaltete.

„Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaschutz sind die energiepolitischen Herausforderungen unserer Zeit“, so der CDU-Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Jörg Schönbohm. Der stellvertretende Landesvorsitzende und brandenburgische Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns betonte, dass Brandenburg mit einem jährlichen Abbau von mehr

als 40 Mio. Tonnen nach Nordrhein-Westfalen das Braunkohle-Förderland Nr. 2 in Deutschland sei. „Die Braunkohle ist für Deutschland und Brandenburg ein Rohstoff mit Zukunft“, so der Wirtschaftsminister.

Nach Auffassung der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Katherina Reiche, dürfe Deutschland vor der „Renaissance der Atomenergie nicht die Augen verschließen“. Notwendig sei eine „ideologiefreie Debatte“ über Restlaufzeiten, ebenso wie eine „Grüne Welle“ für Biorohstoffe. Fossile Energieträger müssten effizienter und umweltfreundlicher werden und die erneuerba-

ren Energien Wettbewerbsfähigkeit erreichen. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung müsse 2020 auf mindestens 20 % steigen, so Reiche. „Deutschland braucht ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig, umweltfreundlich und weniger abhängig von Energieimporten macht.“

An dem Kongress in Potsdam nahmen 250 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Politik teil.

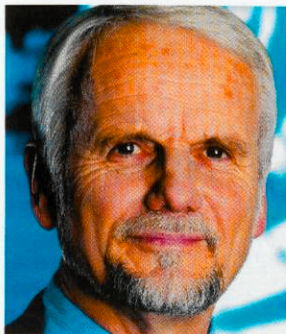
www.cdu-brandenburg.de

Deutsche Geschichte erleben

Mit der Eröffnung der Dauerausstellung im Deutschen Historischen Museum durch Bundeskanzlerin, Angela Merkel, wurde eine Ausstellung eröffnet, die den bewussten Umgang mit unserer Geschichte, kritisch und abwägend, in Anerkennung der großen Leistungen der Deutschen ebenso wie die offene und tabufreie Auseinandersetzung mit den Kapiteln unserer Vergangenheit herausfordert. Dieses Anliegen wurde durch das Auftreten der Bundeskanzlerin eindrucksvoll unterstrichen.

Mit der ständigen Ausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“ im Zeughaus in Berlin bietet das Deutsche Historische Museum eine einzigartige Reise durch die deutsche Geschichte an. Auf 7.500 Quadratmetern anhand von 8.000 Exponaten lernt der Besucher alle Epochen und Kapitel unserer Geschichte kennen, von der Varusschlacht im Teutoburgerwald im Jahr 9 nach Christus bis zur Verhüllung des Reichstages 1994.

Der vielfältige Verlauf der deutschen Geschichte,



Wolfgang Börnsen

in Kontinuität und Bruch gleichermaßen, wird in neun Epochenbereichen dargestellt, von früheren Kulturen, über die Weimarer Republik, bis hin zur Teilung Deutschlands und der Wiedervereinigung.

Ausstellungsstücke wie Napoleons Zweispiß, Amerikas Menschenrechtserklärung auf deutsch, Waffen und Gebetbücher, Käfer und Trabi oder ein Stück der Mauer ebenso wie 100 Multimedia-Stationen und

zahlreiche Filme berichten von Krieg und Frieden, von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, von Diktaturen und ihrer Überwindung.

Geschichte wird hier aber nicht rein in Fakten vermittelt. Leitfragen sollen den Besucher zur eigenen Beschäftigung mit der Vergangenheit veranlassen. Insofern leistet diese Ausstellung einen bedeutenden Beitrag dazu, notwendige Fragen an die deutsche Geschichte zu stellen, Antworten zu finden und schließlich uns selbst besser zu begreifen.

Wolfgang Börnsen ist der kultur- und medienpolitische Fraktionsrecher.

Heim-Enquete nicht der richtige Weg

Die Absicht, die hinter dem Antrag der Links-Partei zur Einsetzung einer Heim-Enquete-Kommission steht, ist durchaus zu befürworten. Es ist dringend nötig, dass ambulante Wohnformen vermehrt gefördert werden, damit alte Menschen und Menschen mit Behinderungen in der Gemeinde ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

HINWEIS

Deutsches Historisches Museum

Unter den Linden 2
10117 Berlin
Info-Telefon: (030)
20304-444

Öffnungszeiten

Täglich 10.00–18.00 Uhr

Internet:

<http://www.dhm.de/>

Der Vorschlag der Linken, eine Heim-Enquete einzusetzen, ist jedoch nicht der richtige Weg. Sinnvoller ist es, sich um die Umsetzung der vorhandenen Instrumente, wie das Persönliche Budget, zu kümmern. Außerdem müssen die Interessen der Menschen mit Hilfebedarf bei der anstehenden Gesundheitsreform und der Reform der Pflegeversicherung berücksichtigt werden. So ist beispielsweise im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass durch die Pflegeversicherung auch alternative Wohn- und Betreuungsangebote und niederschwellige Angebote, beispielsweise zur Unterstützung der häuslichen Pflege, gefördert werden sollen. Es ist viel effektiver, sich mit konkreten Fragestellungen zur Thematik der Pflegebedürftigkeit und den ambulanten Wohnformen zu beschäftigen, und daraus dann konkrete Initiativen zu entwickeln, als das schwerfällige Instrument einer Enquete-Kommission zu bemühen. Diese Entscheidungen müssen jetzt schnell getroffen werden, und nicht erst in einigen Jahren.

Wir bekennen uns zum Grundsatz „ambulant vor stationär“, und das nicht erst seit gestern. Bereits in der vergangenen Legislatur-



Hubert Hüppe

periode hat die Union die Kleine Anfrage „Vorrang ambulanter vor stationärer Hilfen für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen“ gestellt. Wir haben dabei den Finger in die Wunde gelegt und uns intensiv mit den Verbänden über die Problempunkte bei der ambulanten Versorgung ausgetauscht. Diese Politik des Dialogs mit Betroffenenverbänden werden wir auch in Zukunft fortführen.

Hubert Hüppe ist der Fraktionsbeauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

Nutzungsentgelte für Wassersportvereine neu geregelt

Die von der früheren rot-grünen Bundesregierung vorgesehenen drastischen Erhöhungen der Entgelt-



Klaus Riegert

zahlungen der Wassersportvereine für die Nutzung bundeseigener Land- und Wasserflächen sind vom Tisch. Sie hätten die gemeinnützigen Wassersportvereine in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gebracht, in einigen Fällen bis zur existenziellen Gefährdung.

Für die gemeinnützigen Vereine bleibt nach der Neuregelung durch den Haushaltsausschuss die 1/3 Ermäßigung erhalten, darüber hinaus können die auch von den Wassersportvereinen akzeptierten Gebührenerhöhungen – die moderater ausfallen als vorgesehen – bis auf 5 Jahre gestreckt werden.

Die CDU/CSU-Bundtagsfraktion sieht ihre wesentlichen Forderungen erfüllt. Die Wassersportvereine können ihre gemeinnützigen Aufgaben wahrnehmen und ihre erfolgrei-

che Arbeit im Kinder- und Jugendbereich und für den deutschen Spitzensport fortsetzen.

Klaus Riegert ist der sportpolitische Fraktions-sprecher.

Naturschutz ist Zukunftssicherung

Die Vereinten Nationen haben den 5. Juni zum „Tag der Umwelt“ erklärt, um damit an die Eröffnung der

Stockholmer Konferenz der Vereinten Nationen zum Schutz der Umwelt am 5. Juni 1972 zu erinnern. Vor genau 30 Jahren haben die Umweltminister von Bund und Ländern beschlossen, den „Tag der Umwelt“ jährlich in Deutschland zu begehen. In diesem Jahr steht der „Tag der Umwelt“ unter dem Motto „Mehr Natur – mehr Zukunft“.

Passend zum 100-jährigen Jubiläum des staatli-

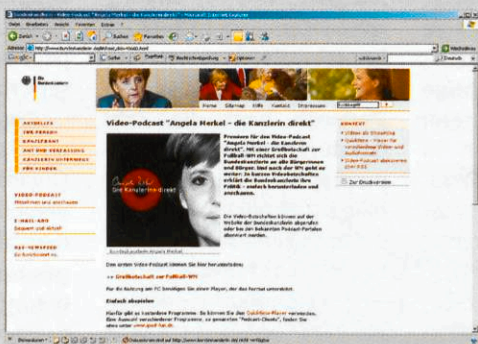
chen Naturschutzes wird damit dem Naturschutz insgesamt ein hoher Stellenwert eingeräumt. Die Koalition von CDU, CSU und SPD unterstreicht die große Bedeutung des Naturschutzes auch in ihrer Koalitionsvereinbarung. So sollen bis zu 125.000 Hektar Naturschutzflächen des Bundes unentgeltlich in eine Bundesstiftung eingebracht oder an die Länder übertragen werden. Bereits seit Dezember vergangenen Jahres

KANZLERIN BIETET VIDEO-PODCAST AN

Als erste Regierungschefin der Welt bietet Angela Merkel einen eigenen Video-Podcast an.

Mit den zweifels dreiminütigen Videobotschaften will die Kanzlerin ihre Politik erläutern. Die erste Botschaft dreht sich natürlich um Fußball. Zukünftig wird die Video-Botschaft immer samstags zur Verfügung stehen.

Video-Podcasting ist ein modernes Medium, das einfach zu bedienen und kostenlos ist. Alles, was die Nutzer brauchen, sind ein Computer oder ein mobiles Abspielgerät mit Video-



auf die Abspielgeräte kommt.

Was heißt „Podcast“ überhaupt?

Ein einzelner Podcast bezeichnet eine Serie von Audio- oder Video-Beiträgen, die Episoden genannt werden. Der Podcast „Angela Mer-

kel – die Kanzlerin direkt“ enthält eine Serie von Videos. Der Begriff Podcasting setzt sich zusammen aus dem Namen des Abspielgeräts „iPod“ und „broadcasting“, englisch für „senden“. Podcasting heißt nichts anderes, als das Produzieren und Anbieten von Audio- oder Videodateien über das Internet.

kel – die Kanzlerin direkt“ enthält eine Serie von Videos. Der Begriff Podcasting setzt sich zusammen aus dem Namen des Abspielgeräts „iPod“ und „broadcasting“, englisch für „senden“. Podcasting heißt nichts anderes, als das Produzieren und Anbieten von Audio- oder Videodateien über das Internet.



Katherina Reiche

stehen potenziell geeignete Flächen von hohem naturschutzfachlichem Wert nicht mehr zum Verkauf. Beispiele sind die Flächen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, dem so genannten „Grünen Band“.

Eine weitere wichtige Aufgabe wird es sein, den Flächenverbrauch in Deutschland weiter zu reduzieren. Dieser liegt immer noch bei rund 100 Hektar am Tag.

Auch international muss dem Naturschutz ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Deutschland als Gastgeber der nächsten Konferenz der Vereinten Nationen im Jahr 2008 kann hier Motor sein. Nur durch einen konsequenten Naturschutz national und international kann der Verlust an biologischer Vielfalt und Artenreichtum reduziert werden. Ansonsten drohen diese unwiderruflich verloren

zu gehen. Wir können es uns nicht leisten, durch den Verlust an biologischer Vielfalt uns länger unserer Zukunftschancen zu berauben.

Katherina Reiche ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Jede Organspende schenkt ein Leben

Jede Organspende bedeutet Leben schenken. Deshalb ist der Anstieg der Zahl der Menschen, die nach dem Tod ihre Organe spendeten, um fast 13 % im Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 ein Erfolg. Dennoch liegt die Zahl der durchgeführten Transplantationen weit unter dem tatsächlichen Bedarf.

Vor allem die Krankenhäuser mit Intensivstation sind aufgerufen, ihrer Meldepflicht nach § 11 Abs. 4 des Transplantationsgesetzes nachzukommen. Der Anteil der Krankenhäuser, die sich an diesen Mitteilungen beteiligen, war in den vergangenen Jahren rückläufig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte deshalb in der vergangenen Legislaturperiode gefordert, Transplantationsbeauftragte in den Krankenhäusern zu installieren. Wir sind

froh, dass man dieser Anforderung in zwei weiteren Bundesländern nachgekommen ist. In Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit Landesausführungsgesetze, die die Einsetzung von Transplantationsbeauftragten vorschreiben. Wir hoffen, dass dies auch in anderen Ländern Schule macht. In Nordrhein-Westfalen gibt es z. B. die Initiative „Gemeinschaftsaufgabe Organspende“, die die Einsetzung von Kommunikationsteams als Beauftragte für die Organspende in den Krankenhäusern vorsieht.

Die Politik sollte alles unternehmen, um die Zahl der Organspender weiter zu fördern. Dies bedeutet auch, dass sie Rahmenbedingungen zu setzen hat, die einen besonders sorgsam Umgang mit den Spendern und ihren Angehörigen gewährleisten. Denn die Gewebe- und Zelltransplantation ist wie die Organtransplantation elementar auf die Akzeptanz und die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung angewiesen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es für dringend geboten, dass auch bei der Umsetzung der EU-Gewerbe-richtlinie in internationales



Annette Widmann-Mauz

Recht diese Grundsätze Beachtung finden.

Annette Widmann-Mauz ist die Vorsitzende der AG Gesundheit und gesundheitspolitische Fraktionssprecherin.

Einsatz im Kongo verantwortlich

Wir begrüßen, dass sich der Deutsche Bundestag so eindeutig hinter den Bundeswehr-Einsatz im Kongo gestellt hat. Trotz der anfänglichen Skepsis haben uns die Argumente und das jetzt vorgelegte Konzept für den Einsatz überzeugt.

Unser Dank gilt ausdrücklich der Bundeskanzlerin und den zuständigen Ressortschefs, die unsere Bedenken aufgenommen und auf der internationalen Ebene dafür gesorgt haben, dass die Kriterien – Teilnahme anderer europäischer

Staaten, Mandat der Vereinten Nationen, Zustimmung des kongolesischen Präsidenten, räumliche und zeitliche Begrenzung – erfüllt worden sind, von denen wir unsere Zustimmung abhängig gemacht hatten.

Unseren Soldatinnen und Soldaten wünschen wir ein gutes Gelingen der Mission, die sie für den Einsatz brauchen. Sie sind diesem Einsatz aufgrund ihrer guten und fundierten Ausbildung gewachsen. Trotzdem ist der Einsatz nicht ohne Risiken. Es ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass sie größtmögliche Sicherheit erfahren. Das sind wir unseren



Bernd Siebert

Soldatinnen und Soldaten, aber auch ihren Familien, schuldig. Mit der Erfüllung der genannten fünf Kriterien sind unsere Bedenken zwar nicht beseitigt, doch ist der Einsatz verantwortlich.

Bernd Siebert ist der verteidigungspolitische Fraktionssprecher.

OETTINGER BESTÄTIGT

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger ist in seinem Amt bestätigt worden.

Bei seiner Wiederwahl im Stuttgarter Landtag bekam er im ersten Wahlgang eine klare Mehrheit mit 85 von 138 Stimmen. Oettinger hatte vor knapp 14 Mona-



Günther H. Oettinger

ten die Regierungsgeschäfte vom damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel übernehmen.

Bereits einen Tag zuvor hatte sich in Stuttgart der neue baden-württembergische Landtag konstituiert und den CDU-Abgeordneten Peter Straub als Landtagspräsidenten wiedergewählt.

Junge Gruppe transatlantisch

Mitglieder der Jungen Gruppe der Bundestagsfraktion machten sich in der ersten Juniwoche dieses Jahres auf den Weg über den Atlantik, um mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten Gespräche zu den deutsch-amerikanischen und internationalen Beziehungen zu führen.

In Washington D.C. und New York beinhaltete das gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte Programm unter anderem Gespräche mit Kongressabgeordneten, renomierten Think Thanks und amerikanischen Journalisten. Dabei standen auch die im Herbst anstehenden Zwischenwahlen in den Vereinigten Staaten sowie aktuelle innenpolitische Fragen beider Staaten, etwa zur Immigration und Integration, auf der Tagesordnung.

Gespräche wurden des Weiteren mit dem deutschen Botschafter in den USA, Klaus Scharioth, und dem deutschen Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gunter Pleuger, geführt. Besonders bei letzterem Gespräch stand die im Gange befindliche Reform der Vereinten Nationen im Mittelpunkt.



Die Junge Gruppe mit Henry Kissinger

Die deutsch-amerikanischen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen standen im Vordergrund bei Gesprächen u.a. mit Gerd Häusler, Leiter Internationale Kapitalmärkte beim Internationalen Währungsfonds, und Roger Kubarych, Senior Economic Advisor der HVB Gruppe.

Beim Gespräch mit dem Executive Director des American Jewish Committee, David Harris, stand ebenso wie bei einem Besuch im U.S. Department of State die Nah-Ost-Politik, insbesondere die bedrohliche Lage im Iran, im Vordergrund. Director Harris wies eindringlich darauf hin, dass Europa den Kampf um die gemeinsamen Werte und gegen den islamischen Fundamentalismus entschlossener führen muss.

Höhepunkt der Delegationsreise war ein Gespräch mit einem der Großen der Weltpolitik. Henry Kissinger, u.a. ehemaliger US-Außenminister, war wie alle Gesprächspartner voll des Lobes über die neue Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Deutschland und ganz besonders über die Rolle von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auch die unmittelbar bevorstehende Fußball-WM lud den fußballbegeisterten Kissinger zur Diskussion mit den deutschen Gästen ein.

„Ein rundum gelungener Besuch, der allen Kollegen wichtige Erkenntnisse für die politische Arbeit gebracht hat“, so das Fazit des Vorsitzenden der Jungen Gruppe der Bundestagsfraktion, Marco Wanderwitz.

Nach dem erfolgreichen Start der Fußball WM und dem gelungenen Auftakt der deutschen Fußballmannschaft heißt es jetzt „Weiter so Deutschland!“. Auf dieser Seite finden Sie ein paar tolle Deutschland-Fan-Artikel, die für das größte Fußballfest der Welt bestens geeignet sind!

Base-Cap „Deutschland“

100% Baumwoll-Canvas
mit 3-farbigem Flaggenstick
mit Klettverschluss auf jede Kopfgröße verstellbar.

Bestell-Nr.: **9222**

Preis je **5 Stück: 12,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 14,50 €

Bestell-Nummer: **9222A** – Einzelverkauf

Preis je **Stück: 3,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 3,48 €



PIN „Deutschland“

Größe: 9 x 12 mm

Bestell-Nummer: **9227**

Preis je **100 Stück: 24,00 €**

inkl. MwSt.: 27,84 €



Polo-Shirt „Deutschland“

Polo-Shirt mit eingesticktem Deutschland-Emblem.
Sehr hochwertige Qualität, 100% Baumwollpique.

Bestell-Nummern:

9223 – Größe M

9224 – Größe L

9225 – Größe XL

9226 – Größe XXL

Preis je **Stück: 14,50 €**

Preis inkl. MwSt.: 16,82 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



CDU Fußball „Schwarz-Rot-Gold“

Wettkampf/Trainingsfußball –
geeignet für jedes Wetter und jeden Platz

Bestell-Nummer: **9318**

Preis je **Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de